

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

47. Jahrgang / 105

3. Juni 1992

Horst Sielaff MdB zum
Ausreisewunsch vieler
Rußland-Deutscher:
"Bitte eine Flugkarte
nach Deutschland".

Seite 1

Dr. Hermann Scheer
MdB zum Nein des dä-
nischen Volkes zu
Maastricht: Eine Chan-
ce für Europa.

Seite 4

Professor Dr. Hartmut
Soell MdB zur Ent-
wicklung in China drei
Jahre nach dem Mas-
saker in Peking: Die
Widersprüche wach-
sen.

Seite 5

"Bitte eine Flugkarte nach Deutschland" Zum Ausreisewunsch vieler Rußland-Deutscher

Von Horst Sielaff MdB
Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und
Ostdeutscher (ZMO)

I.

Nach mehreren, insgesamt vier Wochen dauernden Reisen durch die Gebiete der ehemaligen Wolgarepublik (Engels und Marxstadt) und die vorgesehenen Ansiedlungsgebiete für Deutsche (Saratow, Wolgograd und Karmischen), ins Altai-Gebiet und den dortigen deutschen Rayons (Barnaul, Halbstadt und Slawgorod), Uralgebiet (Perm und Solikamsk) nach Kyrgysstan (Alma-Ata und dem Zelinograder Gebiet) ist das Resümee eindeutig: Der Strom der Rußland-Deutschen nach Deutschland wird nicht abflauen, sondern größer werden.

Die Hauptursachen dafür sind:

1. Die für einen großen Teil der dortigen Menschen immer unerträglicher werdende ökonomische Situation (übrigens sind davon alle Bewohner unabhängig von ihrer Nationalität betroffen, aber die Deutschen haben die Chance umzusiedeln).
2. Keine Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und fehlende Zukunftsperspektiven (auch dieses kein spezifisches Problem der Rußland-Deutschen).
3. Die Hilfe der Bundesregierung setzt viel zu spät ein, ist nicht koordiniert und wird von den Menschen kaum wahrgenommen.

Die gerade erst geschaffenen Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache und der Pflege der deutschen Kultur werden durch den Aussiedlerstrom wieder zerstört. Viele Deutsche können wegen der unzureichenden Infrastruktur im ländlichen Raum und in den Großstädten und wegen der Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Alltagsprobleme diese Angebote nicht wahrnehmen.

4. Die wirtschaftlichen Hilfen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit westlichen Unternehmen sind für die Menschen nicht sichtbar. Viele - teilweise hochrangige - Delegationsreisen aus Deutschland verstärken eher die Enttäuschung als daß sie Zuversicht verbreiten. "Sie kommen hereingeflogen, führen wichtige Gespräche - aber es geschieht ja doch nichts Wirksames" ist ein häufig gehörtes Urteil. Die für bestimmte Projekte und Aktionen notwendigen Anlaufzeiten können nicht vermittelt werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmler Verlag
mit demollen Kokosöl
Recycle-Paper



5. Das Bemühen der führenden Politiker die Deutschen in den Gebieten des Wolgagebietes, dem Altai, in Kyrgysztan und Kasachstan zu halten, wird nur von wenigen Rußland-Deutschen honoriert, vielmehr wird unterstellt: "Man will uns nur zum Arbeiten. Jetzt wo sie uns brauchen, sollen wir bleiben." Schuldeingeständnisse, die deutlich von dortigen Politikern ausgesprochen werden ("Euch Deutschen ist schweres Unrecht geschehen, wir bitten euch, bleibt trotzdem. Viele von uns haben auch nach der Deportation doch gut aufgenommen. Viele von uns haben mit euch auch das Brot geteilt"), kommen bei den Deutschen nicht mehr an.
6. Die Einführung der kasachischen und kirgisischen Sprache in den neuen mittelasiatischen Republiken wirkt ebenfalls fördernd auf den Ausreisewillen. Die Älteren beherrschen diese Sprachen nicht und für die Kinder befürchtet man durch die neu zu lernende Sprache eine Verschlechterung der beruflichen Chancen.
7. Die neue religiöse Bewegung in Teilen der ehemaligen Sowjetunion bringt zusätzliche Schwierigkeiten. Die in der Vergangenheit ebenfalls unterdrückten islamischen Religionen treten selbstbewußt auf; die Hilfe für die deutschen christlichen Gemeinden ist nicht zu vergleichen mit den Hilfen, die der Islam seinen Anhängern zukommen läßt. Die Entwicklung in den mittelasiatischen Republiken hin zu einer fanatisch-religiösen Religionsauffassung, zum Beispiel in Tadschikistan, erzeugt Ängste bei den Christen auch in Kyrgysztan und Kasachstan.
8. Wer den Koffer schon gepackt hat und mit den Gedanken in Deutschland lebt, wird in der Regel nicht alle Zelte abbrechen, um ein neues Leben in einer unsicheren, instabilen Situation an einem anderen Ort in der ehemaligen Sowjetunion (sei es nun an der Wolga, in der Ukraine oder im ehemaligen Königsberg) zu beginnen. Der Weg nach Deutschland ist dann der direkte Weg in ein stabiles Land mit (zumindest für die Enkel) guten und sicheren Zukunftsperspektiven.

II.

Trotz dieser äußerst negativen Bestandsaufnahme sollten im Interesse derjenigen, die dennoch bleiben, die deutschen Hilfen nicht reduziert oder gar eingestellt werden.

Unerlässlich für künftig erfolgreichere Hilfsmaßnahmen ist aber:

1. Die Koordinierung aller von der BRD gewährten Hilfen und ein klares Konzept mit einem realistischen Ziel. Daß fast alle Ministerien eigene Projekte mit unterschiedlichen Zielen fördern und kaum ein Ministerium weiß, was das andere unternimmt und eine Abstimmung offensichtlich bisher nicht geschieht, macht die Hilfen wirkungslos und nicht wahrnehmbar.
2. Sinnvoll wäre die Konzentrierung der Hilfen für Deutsche in den Gebieten, in denen Deutsche kompakt leben, wo bereits die deutsche Sprache gelehrt und deutsche Kultur vorhanden ist und die politischen Führungskräfte die Ansiedlung der Deutschen unterstützen. Die Hoffnung, daß damit der Aussiedlerstrom unter den gegenwärtigen Möglichkeiten gestoppt wird, sollte mit dieser Hilfe nicht verbunden werden, diese Hoffnung ist utopisch. Chancen für das Bleiben von Deutschen sehe ich im Wolgagebiet, in den deutschen Rayons des Altai (wobei es in den Großstädten schwieriger ist, Deutsche zu halten, als im ländlichen Raum, wo man sich kennt der Informationsfluß besser läuft), in Teilen der Ukraine, teilweise auf der Krim und in einigen Bereichen Kasachstans und vielleicht im Ural wenn sich die Situation dort schnell verbessern würde. Das Kalfnigrader (ehemals Königsberg) Gebiet kann begrenzt eine Chance (es liegt näher an Deutschland) und eventuell als Vortappe nach Deutschland sein. Aber auch hier überwiegt die Skepsis, da die Behörden "tolerieren", aber keine aktive Unterstützung leisten.
3. Die Hilfe aus Deutschland muß allen Nationalitäten zugute kommen. Sie darf nicht zusätzlich emotionale Vorbehalte gegen die "reichen" Deutschen wecken. Bisher überwiegt auch bei anderen

Nationalitäten eine große Aufgeschlossenheit gegenüber der deutschen Sprache und stärkerer kultureller Zusammenarbeit. Diese Chance einer Brückenfunktion der Deutschen zu den neuen Republiken der GUS-Länder sollte bewußter genutzt werden.

4. Wirtschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit mit den GUS-Staaten muß in jeder Hinsicht sichtbarer geschehen. Die an sich sehr viel weniger aufwendigen Hilfsmaßnahmen der USA und anderer Staaten sind häufig viel wirkungsvoller und erzielen so einen wesentlich besseren Werbe- und Reklameeffekt. Bekannte deutsche Firmen, die für alle Bewohner erkennbar in den GUS-Staaten mit bundesdeutscher Unterstützung investieren, erreichen mehr als viele kleine, namenlose Projekte der Bundesregierung.
5. Die Fachkompetenz bundesdeutscher Wirtschafts- und Handelsunternehmen ist stärker einzusetzen und zu nutzen. Ohne schnelle ökonomische Verbesserung werden die Demokratien in den GUS-Staaten wieder zusammenbrechen und die dann unvermeidbaren chaotischen Zustände könnten Europa zusätzlich destabilisieren. Gute Ansätze, wie die Schaffung einer Direktfluglinie von Hannover nach Alma Ata und die Einrichtung einer Botschaft in Alma Ata sollten durch die Etablierung von Handels- und Beratungsvertretungen verstärkt werden.
6. Nicht Nahrungsmittelhilfe, sondern technische Hilfen müssen im Mittelpunkt stehen. Wir sollten nicht Fische sondern die Angel zum Fischen als Hilfe liefern. Besonders auf den mittelasiatischen Märkten sind viele Waren und Nahrungsmittel zu finden, sie sind für die meisten aber nicht mehr bezahlbar. Wer ausreichend Geld, vor allem Valuta, hat, erhält fast alle benötigten Nahrungsmittel, notfalls hinter der Ladentheke der Hotels.
7. Die Bundesregierung sollte prüfen, ob nicht besondere Hilfen für die ehemaligen Angehörigen der Trud-Armee möglich sind. Die Überlebenden dieser Strafarmee - vorwiegend waren es sogenannte "unzuverlässige Deutsche" - können den Alltag heute kaum überleben.

Die Rente dieser Menschen liegt weit unter 400 Rubel im Monat, ein Kilo Fleisch kostet zur Zeit mehr als 50 Rubel, ein Brot sieben Rubel. Die Preise für Gemüse und andere Lebensmittel sind ebenfalls rapide gestiegen. Eine Frau berichtete weinend, sie wisse nicht mehr wie sie leben solle bei 354 Rubel im Monat, ohne Vieh; und ihr Mann sei gestorben. Elfeinhalb Jahre schwerste Arbeit in der Trud-Armee hätte sie überlebt - wofür?

Viele sehen den einzigen Ausweg deshalb nur noch in der Ausreise nach Deutschland, auch wenn sie sich durchaus darüber im Klaren sind, daß viele Menschen in Deutschland über ihr Kommen ebenfalls nicht begeistert sind.

In Kyrgysztan erhielten Abgeordnete des Deutschen Bundestages auf die Frage nach Hilfsmöglichkeiten nur eine Antwort: "Schickt uns die Flugkarte nach Deutschland."

III.

Ursachen für den dringenden Wunsch nach Aussiedlung sind die schrecklichen Erlebnisse in der Vergangenheit, die gegenwärtigen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten, fehlende Zukunftsperspektiven und Mißtrauen in politische Absichtserklärungen, unzureichende Möglichkeiten zur Pflege der deutschen Sprache und Kultur und die Sehnsucht nach der Heimat der Vorfahren.

Die bundesdeutsche Politik hat die Aussiedlerwelle aus der ehemaligen Sowjetunion aber mitzuverantworten, da sie vor den umwälzenden Veränderungen in der UdSSR Hilfen aus ideologischen

Gründen versagte oder nur zögernd gab. Selbst nach den Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion ließ die Bundesregierung zum Beispiel zu, daß das einst gute deutsche Lektorat des Kasachstan-Verlags, der deutsche Bücher herausgab, aus finanziellen Gründen aufgab und heute nicht mehr in Alma Ata existiert.

Auch heute vermittelt die Bundesregierung bei den politisch Verantwortlichen in den GUS-Staaten den Eindruck, Deutschland habe das größere Interesse am Verbleiben der Rußland-Deutschen in den GUS-Staaten, da die großen Aussiedlerströme innenpolitisch in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu bewältigen seien. Einige Argumente und Forderungen von Seiten der GUS sind deshalb überzogen und eigene Anstrengungen zum Halten ihrer deutschen Staatsbürger teilweise halbherzig.

Die Bundesregierung sollte hier klarer Position beziehen oder anderenfalls Programme (Wohnungsprogramme, Arbeitsplatzangebote, Sprachschulung und Umschulungsmaßnahmen) für Aussiedler und deren Ansiedlung in der Bundesrepublik Deutschland ins Auge fassen.

Zur Zeit werden die Aussiedlerströme offensichtlich nur durch bürokratische Hemmnisse und durch lange Verzögerungen bei der Bearbeitung der Anträge kanalisiert. Die derzeitigen Aussiedlerzahlen stellen damit keinen echten Indikator für die Aussiedlungsbereitschaft dar.

(-/3. Juni 1992/rs/ks)

Eine Chance für Europa
Zum Nein des dänischen Volkes zu Maastricht

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestage

"Nur" eine knappe Mehrheit des kleinen dänischen Volkes habe gegen den EG-Unions-Vertrag gestimmt - so wird unmittelbar nach der Volksabstimmung versucht, das Ergebnis herunterzuspielen. Tatsächlich ist diese Mehrheit ein Signal für die gesamte EG: Sie wurde errungen gegen die intensive Empfehlung der gesamten dänischen Entscheidungselite - gegen Regierung, Parlamentsmehrheit, die großen Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber, die maßgeblichen Massenmedien. Dies zeigt: Der Vertrag von Maastricht mit seinem gefährlichen Demokratie- und Föderalismusdefizit findet nicht die Zustimmung der Bevölkerung - und zwar vollkommen zu Recht. Die Dänen haben sich um die künftige Demokratie in Europa verdient gemacht.

Die Regierungen der EG sollten das Ergebnis sehr ernst nehmen und als Chance begreifen, jetzt endlich einen neuen Unions-Vertrag zu machen, der zu demokratischen Institutionen führt und den Mitgliedsstaaten ihren eigenen gesellschaftspolitischen Raum läßt. Eine zentralistisch und undemokratisch organisierte Europäische Union würde binnen kurzem in zahlreichen Regionen eine desintegrierende Anti-Stimmung gegen diese Union entstehen lassen.

"Europa ja - Maastricht nein": Diese Formel der dänischen Volksbewegung gilt nicht nur für Dänemark.

(-/3. Juni 1992/rs/ks)

Die Widersprüche wachsen
Zur Entwicklung in China drei Jahre nach dem Massaker in Peking

Von Professor Dr. Hartmut Soell MdB

In der Volksrepublik China werden drei Jahre nach dem Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens die Auseinandersetzungen um die chinesische Modernisierungspolitik heftiger.

Mit zweimonatiger Verspätung berichtet die "Volkszeitung" über Deng Xiaopings Reise in den Süden Chinas zu Beginn dieses Jahres. Den Verantwortlichen erschien das Wissen über Dengs Reise und dessen Forderungen nach Verstärkung der erfolgreichen ökonomischen Modernisierungspolitik in den Sonderzonen des Südens offenbar als zu gefährlich für das Volk.

"Es ist notwendig, sich vor Rechtstendenzen zu hüten, doch hauptsächlich müssen wir uns vor 'Links'-Tendenzen in achtnehmen", dies hatte Deng im Anschluß an seine Reise in die Sonderzonen betont. Dies offenbart den - sich zunehmend auch öffentlich abzeichnenden - Gegensatz zwischen der modernisierungsorientierten Deng-Linie und den Orthodoxen um Li Peng. Welchen Kurs die chinesische Politik bis zum XIV. Parteitag der KPCh im Herbst dieses Jahres einschlagen wird, ist unklar. Es wird jedoch immer deutlicher, daß Li Peng die längste Zeit Ministerpräsident gewesen sein dürfte, wenn es - was wahrscheinlich ist -, Deng gelingt seinen Kurs bis zum Parteitag durchzusetzen.

Die für die Entwicklung Chinas so dringend notwendige Entscheidung für einen eindeutigeren und stabileren innen- und wirtschaftspolitischen Kurs ist längst überfällig.

Jedoch bedeutet die mögliche Absetzung eines Hauptverantwortlichen des Tiananmen Massakers durch den Hauptverantwortlichen keinesfalls eine Anerkennung der Verbrechen, die die chinesische Führung begangen hat, noch gibt der mögliche Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten bisher Anlaß zur Hoffnung auf eine Lockerung der Repressionspolitik Pekings. In Bezug auf die Mißachtung der Menschenrechte herrscht in der KPCh offenbar breiter Konsens.

So waren die Aufforderungen Deng Xiaopings zu beschleunigten ökonomischen Reformen, der Deutlichkeit halber von einer neuen Serie politischer Prozesse gegen Andersdenkende begleitet. Die jüngsten außenpolitischen Offensiven Pekings werfen die Frage nach konkreten Handlungsoptionen im Kontakt mit der VR China auf. Die grundsätzliche Schwierigkeit im Umgang mit Diktaturen besteht auch im Falle der Volksrepublik China. Das Spektrum der Forderungen reicht von völliger Isolation der Machthaber, um jegliche Anerkennung ihrer Gewaltpolitik zu verwehren, bis hin zu den Anbiederungen eines Staatssekretärs Lengj.

Beide Extreme berauben die demokratischen Staaten ihrer ohnehin geringen Einflußmöglichkeiten auf China vollends. Allein die sich aus der Notwendigkeit jährlich circa 15 Millionen mehr Menschen Ernährung, Kleidung, Ausbildung und Arbeit geben zu müssen, ergebenden Probleme gebieten es, China nicht sich selbst zu überlassen. Doch die angebliche innere Stabilität des despotischen Chinas, an der die Welt ein Interesse habe, könnte sich rasch als die trügerische Friedhofsruhe entpuppen, die sie in den scheinbar so stabilen Diktaturen des Ostblocks auch war. Der Preis, den die Bevölkerung für diese Form der Ruhe zu zahlen hat, sollte es den demokratischen Regierungen unmöglich machen, dieses Regime in irgendeiner Weise zu stützen. So ist die Entscheidung des Bundestages, technische und finanzielle Hilfen für China nur bei humanitären Projekten, zur Unterstützung des Umweltschutzes und der Wirtschaftsreformen zu gewähren, symbolisch für die kaum vermeidliche Gratwanderung auch deutscher Chinapolitik. Soll man Flutkatastrophenopfern Hilfe versagen, um die Regierung Li Peng nicht zu stützen?

Undogmatisch für die Menschen einsetzen

Die Politik demokratischer Staaten sollte sich daher undogmatisch für die Menschen in China einsetzen. Dies bedeutet auch die Fortsetzung der Entwicklungshilfe und den Beginn und die Weiterführung von Projekten, die den oben genannten Kriterien - wie schwierig sie auch im Einzelfall zu konkretisieren sein mögen - entsprechen.

Da einerseits gewisse Gesprächskontakte mit den Verantwortlichen des Tiananmenmassakers unvermeidlich sind, sollte man andererseits Berührungspunkte vor den Vertretern der chinesischen Oppositionsbewegungen, den Vertretern der unterdrückten Minderheiten und den Vertretern Taiwans ablegen. Beispielsweise gibt es keinen Grund mehr, den Dalai Lama nicht offiziell zu empfangen.

Der Westen kann China nicht aus der, durch die Pattsituation zwischen Reformern und Konservativen mit Deng Xiaoping als Zünglein an der Waage, verursachten politischen Lähmung befreien. Ebenso kann er China mit seinen inneren Problemen - im Interesse der Bevölkerung - nicht alleine lassen und genausowenig China als Faktor der internationalen Politik ignorieren - genannt seien hier nur die Waffenexporte in den Nahen Osten und der Atomtechnologietransfer des Sicherheitsratsmitglieds China nach Pakistan.

Die demokratischen Staaten können und müssen aber diejenigen, die ihre Bevölkerung unterdrücken, foltern und erschießen lassen, unermüdlich kritisieren, ihnen geringstmögliche Anerkennung gewähren sowie die friedlichen und demokratische Kräfte Chinas nach Kräften schützen und unterstützen. Das Datum 3./4. Juni bleibt ein Symbol für die brutale Unterdrückungspolitik der Machthaber in Peking.

Solange die Führung in Peking nicht begreifen will, daß sie mit Unterdrückung und Folter, mit der sie politische Kreativität zu zerstören sucht, gleichzeitig die für die angestrebte ökonomische Entwicklung essentielle Freiheit und Kreativität ihrer Bürger zerstört, solange werden die zentralen Probleme der chinesischen Kommandowirtschaft ungelöst bleiben.

Der 3./4. Juni ist dem chinesischen Volk eine unvergessene Mahnung für sein Streben nach Freiheit und Demokratie. Wir bleiben aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, daß den Diktatoren in Peking dieses Datum und dessen Bedeutung für Chinas Reputation in der internationalen Völkergemeinschaft ebenfalls unvergessen bleibt.

Solange die chinesische Führung die massive Unterdrückungspolitik in China wie in Tibet fortsetzt für die der 3./4. Juni stellvertretend steht, solange ist an eine "Normalisierung" der Beziehungen zu China in keiner Weise zu denken.

(-/3. Juni 1992/rs/ks)
